

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Studierende der Gender Studies,
liebe Gäste,

ich freue mich, Sie im Namen des ZtG zur 5. Arbeitstagung der Konferenz der Einrichtungen für Frauen- und Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum an der HU in Berlin begrüßen zu dürfen. Dass wir dieses Jahr unsere Arbeitstagung an die Konferenz anlässlich des 10-jährigen Jubiläums unseres Gender-Studiengangs anschließen, war zunächst ein Notbehelf, weil es den anderen Einrichtungen schwer gefallen oder nicht möglich gewesen wäre, die Arbeitstagung auszurichten. Da die an den Vortagen diskutierten Fragen um Inter-/Transdisziplinarität, von den theoretischen Perspektiven der Gender Studies, von Forschungsförderpolitik und institutioneller Verankerung sehr gut auf unsere Arbeitsgruppenthemen überleiten, war und bin ich sehr optimistisch, dass wir die Vernetzungsarbeit der letzten Jahre in Bremen, Hamburg und Frankfurt nahtlos fortsetzen können.

Ich habe mich sehr über die verschiedenen Workshopangebote gefreut und möchte mich auch sehr für Ihre Zuarbeiten bedanken, die es mir ermöglichen, im Folgenden sehr knapp den Status quo in den Gender Studies im deutschsprachigen Raum zu umreißen. Vor diesem Hintergrund wollen wir einzelne Fragen und Probleme in den einzelnen Workshops vertiefen. Die meisten dieser Fragen haben uns auch schon in den letzten Jahren beschäftigt. Sie betreffen:

- ?? die Auswirkungen des Bologna-Prozesses für eine curriculare Verankerung der Gender Studies; dabei insbesondere auch die Fragen der Berufsfeldorientierung
- ?? Fragen der institutionellen und finanziellen Absicherung der Gender Studies
- ?? Fragen der Forschungspolitik/Forschungsförderpolitik und der Forschungsperspektiven in den Gender Studies
- ?? fachliche und wissenschaftspolitische Strategien der Vernetzung.

Ich komme damit in aller Kürze zum ersten Punkt, der die Arbeit in den Gender Studies in Deutschland, Österreich und der Schweiz im vergangenen Jahr wesentlich bestimmt hat: die curriculare Verankerung der Gender Studies im Rahmen des Bologna-Prozesses.

Aus Ihren/euren Rückmeldungen bestätigte sich, was Ruth Becker im letzten Jahr bereits als Befund auf unserer Arbeitstagung vorgetragen hat: Die Art und der Umfang der Verankerung der Gender Studies hängen sehr stark von den Bedingungen vor Ort ab, von dem Vorhandensein personeller und kapazitärer Ressourcen an den Universitäten, besonders auch von den jeweiligen Fakultäten und dem wissenschaftspolitischen Klima und Vernetzungsgrad an der jeweiligen Universität. Insgesamt haben viele der Universitäten den

bisher erreichten Stand der Institutionalisierung der Gender Studies halten oder werden ihn sogar ausbauen können. Dies lässt sich z.B. sagen für:

Basel, wo es jetzt einen BA (75 Studienpunkte=SP) und MA (35 SP) Geschlechterforschung gibt,

ein transfakultatives Querschnittsprogramm Genderforschung (12 SP) und auf BA-Ebene GF im BA Gesellschaftswissenschaften

für Zürich, wo ein Master-nebenfach (30 SP) ab WS 2008 geplant ist.

Auch in Österreich, wo die Studienreform noch in vollem Gange ist, zeichnen sich sehr positive Tendenzen ab:

in Wien ein MA (120 ECTS) und Erweiterungscurriculum für andere Fächer (60 ECTS)

in Graz MA (nicht konsekutiver- 120 SP) und universitätsübergreifendes Basismodul

in Deutschland

werden inzwischen eingerichtet: auf der Bachelorebene

- in Oldenburg und Bremen (in Kooperation)

✍

✍

✍

BA, NF 45 SP

Hauptfach 60 SP, BA-Abschluss in Gender Studies möglich; Ergänzungsfach (30 SP)

- an der HU (akkreditiert) BA Zweitfach (60 SP) und. Beifach (20 SP)

- in Göttingen ein BA Hauptfach im Zweifächer-BA und Nachbarfach im Ein-Fach-BA (42 SP)

- Konstanz BA Nebenfach (44 SP)

auf der Master-Ebene:

in NRW: - MA (2-Fach-Master) Bochum – Gender Studies – Kultur – Kommunikation - Gesellschaft –

- MA Bielefeld "Gender Studies - Interdisziplinäre Forschung und Anwendung"

in Göttingen MA Nebenfach

an der HU Berlin ab WS 2008 ein Ein-Fach-Master (120 SP)

In Planung sind außerdem MA's an FU Berlin

Bern

Magdeburg
Frankfurt a. Main
Freiburg

In vielen verschiedenen Universitäten in Deutschland, Österreich und der Schweiz konnten Gender-Module entwickelt werden, die ich hier aus Zeitgründen nicht alle nennen kann, die Sie sich aber in der Datenbank aus NRW „Gender in gestufte Studiengänge“ in Ruhe einmal anschauen können.

Exemplarisch seien hier nur genannt:

- Marburg, wo in verschiedenen Studiengängen Pflicht-, Wahlpflicht- oder Wahl-Module eingerichtet wurden,
- Mast-Modul Siegen, Paderborn
- Oldenburg, wo im überfachlichen/berufsqualifizierenden Professionalisierungsbereich ein Modul „Gender und Einführung in interdisziplinäre Gender Studies“ entwickelt wurde oder in
- Greifswald, wo es auch ein Mikromodul „Einführung in die Gender Studies“ mit 4 ECTS geben wird,
- Leipzig, wo es ein Modul „GenderKompetenz“ in dem Schlüsselqualifikationsmodul gibt
- Salzburg – freies Wahlfach Gender Studies
- Kassel – 2 Gender-Module (12 SP), die per Zertifikat bescheinigt werden, oder
- an den FH Hessen, wo die Situation insgesamt sehr differenziert und z.T. noch sehr unübersichtlich ist; hier zeichnet sich – so Margit Göttert – die Tendenz „Breite“ statt „Tiefe“ ab, d.h. gegenüber früher, wo z.B. in der Sozialarbeit eigene Studienschwerpunkte existierten, sind Genderthemen mehr als Querschnittsthemen in verschiedenen Bereichen verankert.

Durchgängig in Deutschland laufen die bestehenden Magisterhaupt- und –nebenfächer sukzessive aus.

Der MA „Gender und Arbeit“ an der Universität Hamburg wird ebenfalls nicht fortgeführt. Die Ursachen dafür sind sicherlich sehr vielfältig. Ein zentraler Punkt besteht aber in jedem Fall in den nicht gesicherten Lehrkapazitäten und der nicht gesicherten Koordinationsstelle.

Dieser Punkt leitet zu der Frage über, **wie es gelungen ist oder wie sich die Perspektiven der Verstetigung von Institutionalierungsstrukturen in den Gender Studies darstellen und welche wissenschaftspolitischen Vernetzungsstrategien gegenwärtig bestehen.**

Die Gender Studies in der Schweiz, so haben wir bereits im vergangenen Jahr von Brigitte Schnegg erfahren, zeichnen sich durch eine sehr gut funktionierende Kooperation und Vernetzungsarbeit aus. Die Politik hat hier bei der Institutionalisierung gegenwärtig eine wichtige Initialzündung. So gibt der Bund für 4 Jahre bis 2007 zum Aufbau der Gender Studies eine Anschubfinanzierung in Höhe von 3,2 Mio Schweizer Franken und wird voraussichtlich für weitere 4 Jahre noch einmal 6 Mio Schweizer Franken zur Verfügung stellen. In dem Zeitraum müssen dann die Gender Studies an den Universitäten die Errungenschaften (Etablierung von Zentren, Entfristung von Professuren etc.) dauerhaft absichern. Die Weichen dafür sind z.B. an der Universität Zürich schon gestellt: Der neu eingerichtete Lehrstuhl ‚Gender Studies und Islamwissenschaften‘ wird zunächst aus Bundesgeldern, dann aus Mitteln der Universität und aus Sondermitteln und ab 2012 vollständig aus Mitteln der Universität Zürich finanziert.

Dies ist – so die Erfahrung aus Deutschland – auch der zentrale Knack- und Angelpunkt: Sonderprogramme haben in den Gender Studies eine enorme Anschubkraft. Aber es kommt dann darauf an, in mühevoller Arbeit in den Universitäten vor Ort eine dauerhafte Verankerung in den Strukturen und Stellenplänen der jeweiligen Fächer und Universitäten zu erreichen.

Heike Kahlert hat hier an dieser Stelle im vergangenen Jahr bereits von dem Problem einer „Befristung auf Dauer“ gesprochen und für ein „Bewährungsmodell“ z.B. in Form von Leistungsvereinbarungen zwischen Land und Universität gesprochen, über die eine solche Dauerabsicherung hergestellt werden kann.

In Deutschland ist Ende 2006 das HWP ausgelaufen. Über das HWP sind viele Zentren finanziert oder mitfinanziert worden und auch Lehrkapazitäten in Form von Lehraufträgen bereitgestellt worden.

In Hamburg oder auch an der UdK Berlin ist es bspw. nicht gelungen, die Strukturen auf Dauer zu stellen.

Auch auf der Ebene der Promotions- und Postdoc-Förderung sind mit dem HWP die Förderung und Arbeit des Postdoc-Kollegs „Alter – Geschlecht – Gesellschaft“ in Greifswald und das Promotionskolleg „Dekonstruktion und Gestaltung: Gender“ in Hamburg ausgelaufen.

An anderen Universitäten wie z.B. Marburg und Giessen und im Land Sachsen-Anhalt gibt es eine befristete und meist eingeschränkte Weiterförderung der Zentren durch die Universität bis 2008, und die Perspektiven darüber hinaus sind noch weitgehend offen.

Häufig ziehen auch neue wissenschaftspolitische Weichenstellungen an den Universitäten veränderte Strukturen in den Gender Studies nach sich, wie es sich gegenwärtig in Leipzig andeutet. Zentren sollen hier nicht mehr am Rektorat, sondern bei den Fakultäten angegliedert werden, was vor Ort als möglicher Statusverlust begriffen wird.

Streichungen und Schließungen in Fächern führen – wie aus Greifswald berichtet wird – zu einem Rückzug auf die disziplinären oder schlicht existentiellen Probleme des eigenen Fachbereichs bzw. der eigenen Situation. Dies führt dann zwangsläufig zu einem rückläufigen Engagement der Mitglieder des Zentrums, was dessen Sichtbarkeit und Anerkennung an der Universität schadet.

Allein in Oldenburg konnte die personelle Ausstattung der Geschäftsstelle des ZFG in bisherigem Umfang erhalten bleiben. Das ZFG wurde 2006 positiv evaluiert und wird wiederum befristet für 5 Jahre fortgeführt. Also auch hier eine Tendenz der „Befristung auf Dauer“, auf die wir wissenschaftspolitisch reagieren müssen.

Erfreulich vermelden lässt sich, dass die **fachspezifische Vernetzung** vor allem auch über neue Informationsmedien neuen Aufschwung erhält. An der Universität Hannover wurde so im Juli 2007 ein interdisziplinäres Forum für GenderKompetenz in Architektur Landschaft Planung (GK_archlandplan) an der Fakultät für Architektur und Landschaft und in Wien eine Forschungsplattform für Frauen- und Geschlechtergeschichte eingerichtet.

Auch die Möglichkeiten, die sich durch die neuen Informationsmedien für interdisziplinäre und überregionale Arbeit ergeben, werden zunehmend genutzt. Von den aktiven Gender Studierenden der HU, ihren Blogs und dem GenderWiki können die Genderlehrenden und Zentren viel lernen.

Die Frage der Verstetigung der Gender Studies ist, so scheint es mir, eng an die Existenz von **Professuren mit einer Genderdenomination** gebunden. Mit der Emeritierung von aktiven Genderprofessorinnen setzt der notwendige Kampf um deren Wiederausschreibung und Besetzung ein. Die Exzellenzinitiative hat in Deutschland nicht zu einer erhöhten Reputation der Gender Studies beigetragen, sondern ist Teil des harten Kampfes um die Ressourcen.

Da wird – wie an der HU geschehen – die Notwendigkeit einer Neuausschreibung einer genderdenominierten Professur schon einmal mit der Bemerkung quittiert, es gäbe keine Erbhöfe.

Besonders existentiell wird die Situation, wenn – wie im Falle der TU Berlin und des C - Cornelia-Goethe-Zentrums Frankfurt/M. – ein Zentrum unmittelbar an die Ressourcen einer Genderprofessur gebunden ist. Dann ist die Gefahr enorm groß, dass jahrelange erfolgreiche Arbeit durch jahrelange Nicht-Neubesetzung zu verschwinden droht.

Für die Wahrnehmung der Gender Studies sind deren **Forschungsaktivitäten** von entscheidender Bedeutung.

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Form von **Graduiertenkollegs** ist dabei in den letzten Jahren entscheidend vorangekommen.

In der Schweiz existiert seit 2002 ein Netzwerk von Graduiertenkollegien im Bereich der Gender Studies, die in Basel, Bern/Freiburg, Genf/Lausanne und Zürich angesiedelt sind. Inzwischen sind diese das erste akkreditierte Graduiertenprogramm in der Schweiz und z.T. mit Stipendien verbunden.

In Deutschland existieren momentan zwei DFG-geförderte Graduiertenkollegs in den Gender Studies: 1. das Graduiertenkolleg „Öffentlichkeit und Geschlechterverhältnisse“ der Universität Frankfurt a. Main/Kassel, das in der 2. Förderperiode bis Herbst 2008 gefördert wird, sowie 2. das Graduiertenkolleg „Geschlecht als Wissenskategorie“ an der HU Berlin.

Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren Promovierendenkollegs an verschiedenen Universitäten in Zusammenarbeit mit politischen Stiftungen gegründet wie z.B.

- „Geschlechterdemokratie und Organisationsreform im globalen Kontext“ - Promovierendenkolleg des Feministischen Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität Bochum
- „Genderdynamiken in gewaltförmigen Konflikten“ - Promovierendenkolleg des Feministischen Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Zentrum für feministische Studien der Universität Bremen
- „Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Arbeit, Politik und Kultur“ - Graduiertenkolleg der Phillips-Universität Marburg und der Hans-Böckler-Stiftung
- Promotionskolleg der Hans Böckler Stiftung - Münchner Zentrum für Wissenschafts- und Technikgeschichte am Deutschen Museum München sowie der Promotionsverbund „Abgrenzung - Ausgrenzung - Entgrenzung: Gender als Prozess und Resultat von Grenzziehungen“ - Universität Tübingen, das aus Geldern der Landesgraduiertenförderung Baden-Württemberg finanziert wird.

Die **Exzellenzinitiative** in Deutschland hat zwar allgemein zu einer größeren Aufmerksamkeit für gleichstellungspolitische Fragen geführt, die Genderforschung spielt hier allerdings eine untergeordnete Rolle, was wenig verwundert wenn der derzeitige Präsident der DFG Winnacker auf Nachfrage der Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten am 19.4.2006 in einem Brief erklärt, dass die Exzellenzinitiative ungeeignet ist, „Forschungs- und Qualitätsdefizite“ zu beheben. Es soll im Gegenteil Stärken stärken und somit vielleicht auch an anderer Stelle mehr Luft schaffen, um auch Lücken zu schließen und andere Fachgebiete nachzuziehen.

So sind Genderforscherinnen nur an den beantragten Clustern und Graduiertenschulen in Deutschland beteiligt. An der Forschungs- und Kooperationsstelle GendA – Arbeit, Demokratie, Geschlecht am Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg werden in den nächsten zweieinhalb Jahren die Folgen der Hartz IV-Reformen für Frauen und Männer untersucht. Damit hat sich GendA mit einem Konsortium in der bundesweiten Ausschreibung des Bundesarbeitsministeriums gegen eine Reihe von Konkurrenten durchsetzen können. Das Genderkompetenzzentrum an der HU ist ebenfalls in einer zweiten Förderperiode durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bestätigt worden.

Um das Standing der Genderforscherinnen zu erhöhen, werden zukünftig Drittmittelinwerbungen noch wichtiger werden und es sind daher auch an verschiedenen Orten DFG-Forschungsanträge in Vorbereitung. Das Auslaufen des HWP in Deutschland hat jedoch zunächst auch dazu geführt, dass in einigen Bundesländern die Forschungskapazitäten deutlich zurückgingen. In NRW hat das Auslaufen des HWP zur Konsequenz, dass Forschungen im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung nicht mehr über das Wissenschaftsministerium finanziert werden. Insbesondere ist zu beklagen, dass kleinere Forschungsprojekte, Verbundstudien, Datenbanken und wichtige Vorstudien, die zuvor über das HWP finanziert werden konnten, nun nicht mehr gefördert werden und so die Professuren des Netzwerks Frauenforschung NRW, die keine eigene Sachmittelausstattung mehr haben, über weniger Forschungskapazitäten verfügen.

Wie wir auf der gestrigen Podiumsdiskussion gehört haben, ist die Schweiz und der Schweizerische Nationalfonds (SNF) Deutschland und Österreich mit seiner Förderpolitik voraus und wir schauen etwas neidisch auf die Aussicht, dass es dort ein nationales Forschungsprogramm „Gender“ von 2008 bis 2011 geben soll. Wir haben in dieser Beziehung wissenschaftspolitisch noch viel Arbeit zu leisten.

Es ist also wie immer zu konstatieren: viel zu tun, viele Widerstände und Überzeugungsarbeit und viel Engagement überall.

Die folgenden Diskussionen in den Arbeitsgruppen sind bestimmt hilfreich.

Um 11.30 Uhr treffen wir uns wieder hier im Plenum, um insbesondere über die Perspektiven, Potentiale und Probleme der Absolventinnen und des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Gender Studies zu diskutieren.